

DER ERLKÖNIG LEBT !

Zur Hebung der antizionistischen Verkehrssicherheit bei Nacht und Wind *)

... Kleine Adlerfeder schniefte laut und sagte: "Ein Entdecker gibt niemals auf. Und mit den widrigen Winden werd ich schon fertig". Dann nahm er sein Tagebuch, in das er alle seine Entdeckungen und Erfindungen eintrug, und schrieb etwas hinein.

Jakob der ihm dabei über die Schulter sah, fragte: "Was schreibst du, Kleine Adlerfeder? Ich kann es nicht lesen".

"Ich trage bloß meine neuen Entdeckungen ein. Willst du sie hören?"

Jakob nickte, und Kleine Adlerfeder las ihm vor: "Meine Entdeckung bei dem Versuch, mit Luftballons um die Welt zu reisen:

1. Ein Apfelbaum kann bei einer Weltreise sehr hinderlich sein.

2. Bei Gegenwind ist es schwer, der Menschheit einen Dienst zu erweisen".

Jakob Borg hörte ihm mit großen Augen zu. Er überlegte eine Weile und sagte dann: "Ich fürchte, du hast recht, Kleine Adlerfeder. Bei Gegenwind ist es wirklich schwer".

Christoph Hein, Das Wildpferd unterm Kachelofen

Die politische Diskussion der vergangenen Monate war von einem Thema beherrscht, das nicht neu ist, aber von dauerhaft hoher Brisanz: Die Auseinandersetzung um Antisemitismus, Israel und die Linke, um das Verhältnis von Antisemitismus und Antizionismus. Eine Auseinandersetzung, die - wie wir immer mehr überzeugt sind - von ganz zentraler Bedeutung ist für unser Selbstverständnis als Linke und für die Entwicklung von revolutionärer Politik.

Keine politische Kraft in Deutschland hat darauf verzichtet, ihre Position zum Golfkrieg unter Bezug auf den Nazifaschismus und das Verhältnis zu Israel zu bestimmen. Nachdem die jahrelangen Rüstungsgeschäfte mit dem Irak eine kriegsbedingte Unterbrechung erleiden mußten, packte die deutsche Rüstungsindustrie plötzlich das

schlechte Gewissen für ihre vor wenigen Jahrzehnten begangenen Verbrechen: zum Ausgleich (fürs schlechte Gewissen - und auch, wie günstig, den irakischen Geschäftsausfall!) wollten sie möglichst schnell möglichst viele Waffen nach Israel liefern. Die bürgerlichen Parteien entdeckten einmütig, daß das nach zwei von Deutschland ausgegangenen Weltkriegen verhängte Verbot für internationale Militäreinsätze hinderlich sei, die Verantwortung gegenüber den Opfern des letzten Krieges nun so richtig auszuleben. Flankiert wurden diese Erleuchtungen von geläuterten Ex-Linken, die unter Aufwendung einiger intellektueller Mühen die Wiederauferstehung des faschistischen Dämons der eigenen Vergangenheit im aktuellen Feind aus dem Orient erkannten - wodurch das Abschlichten des Iraks zur einen Klappe für zwei Fliegen werden sollte: die aktuelle Durchsetzung der-

*) siehe Anhang

selben alten imperialistischen Herrschaftsinteressen, ihre moralische Rechtfertigung, und die endgültige Erledigung der eigenen alten Schuld durch ihre Projektion auf die neuen Opfer. Währenddessen hat jener Teil der Linken, der seit einiger Zeit in dem Zwiespaß steckt, sich im System einzurichten und doch den kritischen Anspruch nicht aufgeben zu wollen, den wirklichen Antisemitismus gerade dort entdeckt, wo das eigene schlechte Gewissen immer noch zwackt: bei der radikalen Linken.

Die spezielle freiburger Variante dieser Entwicklung haben wir erst vor kurzem kennengelernt, als wir eine Broschüre mit dem Titel: "Radio Dreyeckland: Antikapitalistisch, antiimperialistisch, antisexistisch - jetzt auch antisemitisch?" (wir werden sie im Folgenden fahrlässig verkürzt, aber der Einfachheit halber als 'isf-Broschüre' bezeichnen) zugeschickt bekommen, zusammen mit einer "Textsammlung/Dokumentation" unter dem Titel "Antizionismus = Antisemitismus?", in der verschiedene Texte und Beiträge nachzulesen sind, auf die sich die Auseinandersetzung bezieht.

Soweit wir diesen beiden Broschüren entnehmen können, geht es um folgendes: Im März 91 hat RDL mehrerer Diskussionssendungen zur Rolle Israels im Golfkrieg und zum Verhältnis der Linken gegenüber Israel ausgestrahlt. In der ersten Sendung trat ein freiburger Physikprofessor namens Helmut Spehl als "Historiker" und "Israel-Experte" auf, dessen Israel-Kritik sich als offen antisemitisch erwies. Die Vorgeschichte seiner Einladung besteht darin, daß die Freiburger Nahost-Gruppe in der Fußnote eines Flugblattes von '88 ein Buch dieses Helmut Spehl als Quellenhinweis genannt hatte. Dieser Hinweis ist ohne Kenntnis des Buches selbst aus einem '83 erschienen Text von Mario Offenbergs, einem antizionistischen Juden, über-

nommem worden, in dessen Beitrag "Überlegungen zu Politik und Geschichte des Antisemitismus in Deutschland" einige Sätze aus Spehls Buch zitiert werden.

Das Auftauchen eines Antisemiten in der linken Auseinandersetzung mit Israel hat natürlich zu heftigen Diskussionen geführt, in denen die Frage nach dem Verhältnis von Antisemitismus und Antizionismus eine sehr häßliche Dringlichkeit erlangt hat. Als Konsequenz aus diesem Vorfall wurde ein Forderungskatalog aufgestellt, der beispielsweise die Anerkennung eines Existenzrechts für Israel als Grundlage linker Politik einklagt. Darüberhinaus wird in der isf-Broschüre der Vorwurf erhoben, Antizionismus sei nichts als verkappter linker Antisemitismus und die gesamte radikale Linke sei strukturell antisemitisch.

Obwohl wir mit diesen beiden Broschüren sicher nur einen Teil der freiburger Diskussion kennen, möchten wir einige Überlegungen beitragen. Denn wir denken, daß diese Auseinandersetzung nicht ein besonderes freiburger Problem betrifft, sondern eines, das allgemeine Bedeutung hat - für die antizionistische Palästina-Solidarität und für die Weiterentwicklung revolutionärer Politik überhaupt.

I

Auf die grundsätzlichen Attacken gegen die Linke, wie sie von dem Zusammenschluß um isf vorgetragen werden, auf den pauschalisierten Antisemitismusvorwurf gegenüber jeder Kritik an Israel wollen wir nicht ausführlicher eingehen als unbedingt nötig. Das Ziel diese Angriffe scheint uns mehr im Abschied von der Linken als in dem Bedürfnis nach Beseitigung der fortbestehenden gesellschaftlichen Ursachen des Antisemitismus zu liegen. Wir halten es für wichtiger, uns mit der eigenen Politik zu befassen, mit der Politik der radikalen und revolutionären Linken, mit der Palästina-Solidarität und mit dem in diesen Reihen entstandenen Anlaß für die neuerlichen Antisemitismusvorwürfe an die Linke.

Im Januar '91 haben wir in unserem Beitrag "Die Definition der Freiheit ist die Theorie der Geschichte und Umkehrt" geschrieben:

Allerdings müssen wir festhalten, daß in der Palästina-Solidarität wie in der revolutionären und antiimperialistischen Linken insgesamt die genaue Auseinandersetzung mit Antisemitismus nur sehr am Rande geführt wird und der damit verbundenen spezifischen Verantwortung nicht gerecht wird. Je intensiver wir uns damit beschäftigen, desto mehr sind wir davon überzeugt, daß diese Fragen für die Konstituierung von revolutionärer Politik von herausragender Bedeutung sind. Dieser "blinde Fleck" ist aber nicht nur grundsätzlicher Mangel, er hat darüberhinaus auch zu schlimmen Fehlern geführt - Fehler, die nie hätten passieren dürfen.

Die Einladung des Antisemiten Spehl zu einer Diskussion um das Verhältnis der Linken zu Israel war ein Fehler, der nie hätte passieren dürfen. Das muß gleich zu Anfang klar und deutlich gesagt werden. Und wir halten eine entsprechend uneingeschränkte und schonungslose Selbstkritik der freiburger Genossinnen und Genossen für unbedingt notwendig. Zwar ist in der Textsammlung das Manuskript einer RDL Sendung vom 15.5.91 abgedruckt, aber die Art, wie die Entstehungsgeschichte der Einladung, das Vertrauen auf Quellenverweise in unverdächtigen Texten ausführlich dargelegt wird, wird den Beigeschmack des Entschuldigung-Suchens nicht los. Solche Zögerlichkeit ist der Erarbeitung einer klaren und unmißverständlichen revolutionären Position nicht dienlich, im Gegenteil. Denn leider setzen sich die Fehler sogar in diesem selbstkritischen Beitrag noch fort. In Bezug auf Spehls Auslassungen zb. über die "jüdische Schnorrmaschine" wird dort richtig festgestellt:

Solche Äusserungen entsprechen klar antisemitischem Clichés.

Der direkt anschliessende Satz aber heisst:

Spehl verschleiert in dem Text nicht nur die tatsächliche Entwicklung zionistischer Theorie und Praxis - er verpackt notwendige antizionistische Kritik mit reaktionären Zuordnungen.

Verzeiht uns die Grobheit unter Genossinnen und Genossen, aber das ist wirklich gefährlicher Schwachsinn, den wir eigentlich in Texten wie denen der isf-Broschüre erwartet hätten.

Antizionismus, dh. linke Kritik an der Herrschaftsideologie des israelischen Siedlerkolonialismus ist das fundamentale Gegenteil von antisemitischen Klischees und antisemitischen Denkstrukturen, oder es ist tatsächlich verkappter Antisemitismus. Wenn etwas durch reaktionäre Zuordnungen" einen rassistischen oder antisemitischen Charakter bekommen kann, dann muß dieser schon vorher angelegt gewesen sein. Keine berechtigte dh. linke Kritik kann durch irgendwelche "Zuordnungen" in ihr Gegenteil verkehrt werden.

Wer also die Position vertritt, daß Antizionismus gerade kein verkappter Antisemitismus ist, der/dem darf ein solcher Fehler, zumal in einer eben auf diese Frage bezogenen Selbstkritik, einfach nicht passieren. Diese wirklich schlimmen Fehler und vor allem ihre hartnäckige Wiederholung machen solidarische Kritik in aller Schärfe notwendig, und sie zeigen die unverzichtbare Bedeutung von ständiger selbstkritischer Reflexion.

Fehler die passiert sind, sind nicht wegzumachen. Sie lassen sich nur durch uneingeschränkte Selbstkritik und schonungsloses Suchen nach den Ursachen überwinden. Fehler lassen sich niemals völlig vermeiden, in diesem Sinn sind sie sogar ein grundlegendes Element der Weiterentwicklung aller Praxis, also auch und erst recht von revolutionärer Politik. Aber sie sind es nur dann, wenn wir sie als Anlaß zum Lernen, zur Beseitigung ihrer Ursachen, zur Überwindung der Schwächen und zur Weiterentwicklung nehmen.

Die Geschehnisse zeigen, daß hier ein

ganz wesentliches Feld mit sehr viel Arbeit für die gesamte Linke liegt: Es fehlt die ernsthafte Auseinandersetzung mit Antisemitismus, die Kenntnis seiner vielfältigen geschichtlichen Wurzeln, seiner inneren Struktur. Dem müssen wir uns in aller Offenheit stellen, so schwer das auch fällt angesichts der Angriffe der Herrschenden, zu denen nun auch noch die politisch gezielten Angriffe der etablierten Linken hinzukommen. Die Wirkung, die sie derzeit erreichen, können wir diesen Angriffen aber nur nehmen, wenn wir uns den eigenen Schwächen offen stellen und an ihrer Überwindung arbeiten. Demgegenüber würde der Versuch, zur Rechtfertigung auf vereinzelt Arbeiten zum Antisemitismus aus dem linksradikalen Spektrum zu verweisen, uns nur den Boden entziehen, den wir uns so dringend erobern müssen.

II

Um deutlicher zu machen, was wir damit meinen, wollen wir kurz auf die Entwicklung unserer eigenen Arbeit auf diese Fragen eingehen.

Ende '89, während wir alle, die gesamte Linke hier von der Entwicklung in der DDR und dem Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten überrollt wurden, zeichnete sich durch die Veränderung in der Sowjetunion eine Entwicklung ab, die zu einer existentiellen Gefahr für die Intifada zu werden drohte: (und mit deren Hilfe das israelische Regime seither massiv die endgültige Annexion der '67 besetzten Gebiete vorantreibt) die massive Einwanderung sowjetischer Jüdinnen und Juden nach Israel.

Das Ausmaß und die Bedeutung dieser Entwicklung wurde zunächst nur von einzelnen Genossinnen und Genossen erkannt, die sich bemühten, die Bedrohung für die PalästinenserInnen, die sich aus der riesigen Einwanderungswelle ergibt, ins Bewußtsein

zu rücken. Dadurch aber, daß sie die Darstellung zunächst auf das zionistische Interesse an massenhafter Einwanderung beschränkten, entstand eine Tendenz, die jüdischen EmigrantInnen aus der Sowjetunion nur in der Funktion wahrzunehmen, die das israelische Regime ihnen zugeordnet hat: als potentielle Siedler und Söldner. Um der Gefahr zu begegnen, daß die sowjetischen EmigrantInnen so als das eigentliche Übel erscheinen, das bekämpft werden müsse, haben wir für den im März '90 stattfindenden Palästina-Kongreß in Hamburg einen "Beitrag zur Auseinandersetzung um die zionistische Einwanderungspolitik" geschrieben. Dort haben wir versucht, sowohl den wachsenden Antisemitismus als Ursache der Auswanderung anzusprechen als auch die Tatsache, daß diese vor einer massiven Bedrohung fliehenden Menschen durch das Zusammenspiel imperialistischer Interessen zur Manövriermasse für die Durchsetzung der zionistischen Ziele gemacht werden; und wir haben versucht, vor diesem Hintergrund mögliche Ansatzpunkte für politische Initiativen anzureißen. Auch dieser Beitrag war also aus Widersprüchen, aus dem Erkennen eigener Mängel und Unzulänglichkeiten entstanden. In der anschließenden Diskussion haben wir wiederum Fehler und Mängel dieses Beitrags erkannt. Da sie unserer Meinung nach ein allgemeines Problem betreffen, wollen wir sie kurz darstellen und korrigieren - zumal der Beitrag jetzt erneut dokumentiert ist (in der RDL Broschüre). Zur Charakterisierung der zionistischen Einwanderungspolitik hatten wir unter anderem geschrieben:

...ein berüchtigtes Beispiel ist das zwischen zionistischen Organisationen und nazideutschland abgeschlossene ha'avare-abkommen, das vermögenden jüden die Ausreise und den Transfer ihres Besitzes ermöglichte. Während die mittellose Mehrzahl der jüden in Deutschland ihrem Schicksal überlassen blieb, ermöglichten ausgerechnet die Zionisten dem deutschen Kapital die Eroberung eines neuen Exportmarktes. Die von der

weltwirtschaftskrise noch geschwächte wirtschaft nazi-deutschlands profitierte ebenso von dem geschäft wie die zionisten, deren vertreibungspolitik in palästina die so dringend benötigte zufuhr an menschen und kapital erhielt. ausgerechnet die zionisten machten somit einen boykott nazi-deutschlands von vornherein unmöglich.

Zu dieser Passage hat Ingrid Strobl uns damals folgende Kritik geschrieben:

Das stimmt so nicht. Zum einen war die NS-Wirtschaft nicht gerade geschwächt, und das - im Vergleich - bißchen Geld, das über diesen Deal reingekommen ist, steht in keiner Relation zu den Profiten, die NS-Wirtschaft und-Staat durch die Zwangsarisierung und die Auswanderungs-Zwangsabgaben kassiert haben. Zum anderen hat kein Staat der Welt auch nur im Traum dran gedacht, NS-Deutschland zu boykottieren. Schon gar nicht wegen der Juden! Auf der Konferenz von Evian wurde (NACH Bekanntwerden der Rassen-Gesetze, NACH erfolgter Arisierung, etc.) beschlossen, daß man (d.h. jeder der beteiligten Staaten, europäische wie USA, etc.) nur ein jeweils winziges Kontingent von jüdischen Flüchtlingen aufnimmt - und auch das nur aus Leuten bestehend die GELD hatten. ...

Die deutsche Juden-Politik hat die andern Staaten nur insofern gestört, als sie Angst hatten, die jüdischen Flüchtlinge könnten in ihre eigenen Länder "strömen". Die Appeasement-Politik war dazu da, den Krieg um jeden Preis zu verhindern, die Nazis konnten in Deutschland, Österreich, der Tschechoslowakei tun, was sie wollten, solange sie nur Frankreich und England in Ruhe liessen.. Die USA fühlten sich ohnehin nicht bedroht (außer, wie gesagt, von den jüdischen Flüchtlingen).

Wenn man also den Zionisten vor-

wirft, sie hätten eine Boykott-Politik gegen Deutschland verhindert, sucht man sich die falschen Schuldigen.

Diese Kritik ist richtig. Und bei nüchterner Überlegung hat sie uns erschreckt. Denn auch ohne das konkrete Wissen im Einzelnen müßte doch für jedeN von uns, für jedeN LinkeN klar auf der Hand liegen, daß keiner der imperialistischen Staaten Interesse an einem Boykott des imperialistischen Nazi-Deutschlands wegen dessen faschistischer und rassistischer Politik gehabt haben kann. Woher denn auch. Bedrohlich wurde allenfalls die künftige imperialistische Konkurrenz eines mächtig gewordenen Deutschlands empfunden - und die Reaktion darauf war zunächst "Appeasement", nicht etwa Boykott.

Der beispielhafte Verweis auf das Ha'avare-Abkommen (Transfer-Abkommen) und die Erwähnung eines "Boykotts" in diesem Zusammenhang geistert seit langem durch eine Vielzahl von Beiträgen zu diesem Thema. Unsere Formulierung war das, was sich aus unterschiedlichen Hinweisen, Erwähnungen und Halbinformationen in unseren Köpfen abgelagert hatte, weil es scheinbar so gut in die Argumentation paßte. Diese Kritik hat uns veranlasst, nach der Herkunft und dem tatsächlichen Hintergrund des ominösen 'Boykotts' zu suchen. Das Ergebnis wollen wir kurz schildern, weil es auf ein grundlegendes Problem hinweist und weil die Boykott-Behauptung weiterhin durch die Szene geistert. So auch im Manuskript der RDL-Sendung vom 15.5., wo es auf Seite 8 heisst:

für diesen Zweck durchbrachen zionistische Organisationen auch den wirtschaftlichen Boykott, den westliche Staaten gegen Nazi-Deutschland verhängt hatten.

Tatsächlich war es so, daß von verschiedenen jüdischen Organisationen außerhalb Deutschlands eine Boykottforderung erhoben wurde. Es ging also um eine politische Protestdemonstration von Juden und Jüdinnen gegen Nazi-Deutschland. Die ge-

samte Auseinandersetzung darum fand nur innerhalb jüdischer Kreise statt. Die zionistischen Organisationen, die Anfang der 30er Jahre beispielsweise in den USA schon erheblichen Einfluß gegenüber nichtzionistischen Kräften erworben hatten, machten sich die Boykottforderungen nicht zu eigen, wodurch der Boykott nur eine sehr begrenzte politische Propagierung erlangte.

Dies herauszufinden hat uns sehr betroffen gemacht (und "betroffen" ist in diesem Fall das richtige Wort, trotz seines schlechten Beiklangs durch alle möglichen Betroffenheitsmoden). Denn die unbedachten falschen Behauptungen von einem angeblichen Wirtschaftsboykott gegen Nazi-Deutschland sind geeignet, ein völlig falsches Bild der imperialistischen Interessen und der damaligen imperialistischen Konstellationen zu verbreiten. Darüberhinaus aber zeugen sie von einer in ihrer Konsequenz noch weiterreichenden gefährlichen Unsensibilität in unserem Umgang mit antizionistischer Kritik. Denn es ist ein wesentlicher Unterschied, wer den Zionisten die Nichteinhaltung dieses jüdischen Boykotts vorwirft; Ob es Juden/Jüdinnen sind, also die Opfer der antisemitischen Verfolgung, die ihn an jüdische Kräfte richten, von denen sie einzig Hilfe und Unterstützung erwarten konnten - und zwar nicht nur, weil die Zionisten selbst die Vertretung der jüdischen Interessen beanspruchten, sondern vor allem, weil es sonst niemanden gab, von den Nicht-Juden/-Jüdinnen war sowieso keine Hilfe zu erwarten - ob also Juden/Jüdinnen den Vorwurf erheben, die zionistischen Kräfte hätten sie nicht den Möglichkeiten entsprechend unterstützt; oder ob wir uns diesen Vorwurf zu eigen machen. Denn uns steht es nicht an, jüdische Kräfte, ganz unabhängig davon, wie reaktionär und kolonialistisch sie auch gesinnt sein

mögen, dafür zu kritisieren, daß sie den Jüdinnen und Juden in Deutschland zuwenig Unterstützung haben zukommen lassen. Dann steht es uns allenfalls an, das Verhältnis der linken Parteien und Organisationen zum Antisemitismus zu untersuchen. Als Linke ist es unsere Aufgabe und Pflicht, die Unterdrückungspolitik Israels zu kritisieren und anzugreifen, aber beim Vorwurf der mangelnden Unterstützung für die jüdischen Opfer des Nazifaschismus können wir nicht einfach die Position der Überlebenden und ihrer Nachkommen einnehmen. Hierbei entsteht schon die Verzerrung, die sich später dann potenziert fortsetzt. So ist auch in dem Text von Mario Offenbergs, der als Jude die zionistische Politik kritisiert und auf den sich die ganze freiburger Auseinandersetzung rückbezieht, ganz unmißverständlich zu lesen:

Während Waren "Made in Germany" in aller Welt, wo Juden lebten, dem Boykott verfielen, waren sie in Palästina frei importierbar und erhältlich. (Unterstreichung bma)

Obwohl auch in der Radiosendung vom 15.5. mehrfach aus diesem Text zitiert wird, ist offenbar nicht aufgefallen, daß Offenberg hier von einem jüdischen Boykott spricht, während in der Sendung von einem Wirtschaftsboykott der imperialistischen Staaten die Rede ist. Solche Formulierungen sind aber nicht nur falsch, sondern sie ziehen auch weitreichende gefährliche Konsequenzen nach sich. Denn sie konstruieren letztlich einen Gegensatz zwischen den westlichen imperialistischen Staaten auf der einen und dem Nazi-Faschismus auf der andern Seite, der so nie bestanden hat. Zum Einen wird damit der Legitimationsideologie des BRD-Systems Vorschub geleistet, der die engere Anlehnung an die USA als 'Beweis' für den angeblich grundlegenden Wandel nach '45 dient. Während die Interessen und Ziele der westlichen imperialistischen Staaten dadurch als qualitativ anders, als irgendwie "besser" erscheinen, wird zum Andern der Zionismus als dem Nazifaschis-

mus ebenbürtig gekennzeichnet. Wenn uns solche groben Verzerrungen der historischen Wirklichkeit unterlaufen, wie wir sie durch die Kritik an der zitierten Passage unseres damaligen Beitrages erkennen mußten, müssen wir sie genauer auf ihre Ursachen hin untersuchen. Besonders dann, wenn es wie in diesem Fall keine vereinzelte Ungenauigkeit ist, sondern eine so verbreitete falsche Darstellung, die sich sogar dann noch hält, wenn Texte mit der richtigen Darstellung des Sachverhalts zum vielzitierten Bezugspunkt werden. Diese Frage läßt sich an einer anderen Stelle des RDL-Beitrags vom 15.5. weiterverfolgen. Dort ist der Beitrag der freiburger Nahost-Gruppe von '88 kurz zusammengefasst, der den unheilvollen Fußnotenhinweis auf Spehls Buch enthielt. Der Beitrag widerspricht einer Position, die den Zionismus kurzerhand zur "jüdischen Befreiungsbewegung" erklärt und folglich jede Kritik am Zionismus als antisemitisch beschimpft. Im Manuskript heißt es (S. 2f):

Dieser Einschätzung wollte der Beitrag der Nahostgruppe entgegen. Faschismus läßt sich nicht auf Antisemitismus reduzieren - es fehlen die strategischen und ökonomischen Dimensionen des NS-Faschismus. Überdies wird damit über eine "ideologische Verwandtschaft" zwischen Antisemitismus des NS-Faschismus und dem Zionismus hinweggesehen, obwohl diese vorhanden ist. Um diese ideologische Verwandtschaft anzureisen wurden Beispiele genannt:

- die organisierte Auswanderung jüdischer Menschen nach Palästina, die im Interesse der zionistischen Idee war, aber auch im Interesse faschistischer Bestrebungen vor 1941. Profiteur dieser Auswanderung war der faschistische Staat des Nationalsozialismus. Die zionistischen Führer billigten diese Beziehungen,

ja sie boykottierten damit die internationale Isolierung des NS-Faschismus.

Daß von einer solchen internationalen Isolierung des NS-Faschismus gar keine Rede sein kann, daß der Vorwurf, die Zionisten hätten diese durchbrochen, folglich haltlos und unbegründet ist, haben wir ja bereits festgestellt.

In der zitierten Passage wird nun deutlich, wie aus der Übersteigerung des anklagenden Vorwurfs immer weitere Verzerrungen und grobe Fehler entstehen. Diese falsche Behauptung einer von den Zionisten durchbrochenen internationalen Isolierung des Nazi-Faschismus soll nämlich belegen, daß es eine "ideologische Verwandtschaft zwischen Antisemitismus des NS-Faschismus und dem Zionismus" gäbe. Der Antisemitismus des Nazi-Faschismus aber ist die Shoa, ist die Ausrottung, der fabrikmäßig organisierte Massenmord, ist die industrielle Verwertung der Arbeitskraft bis zum Tod in den Kz's mit der anschließenden industriellen Verwertung der Leichen der Ermordeten, von Goldplomben über Haare bis zu Knochen - um von den Menschenversuchen eines Mengele gar nicht zu reden.

Dazu gibt es keine Entsprechung, und wir als Linke haben als allererste die Pflicht und Schuldigkeit, mit dieser Geschichte richtig, verantwortlich und genau umzugehen.

Die koloniale Unterdrückung und Ausbeutung der PalästinenserInnen, der rassistische Vertreibungskrieg der zionistischen Armee muß von uns bekämpft werden, wie wir die Pflicht haben, alle Unterdrückungsverhältnisse zu bekämpfen. Aber die zionistische Unterdrückung mit der Shoa gleichzusetzen ist eine unerträgliche Verharmlosung der Naziverbrechen. Eine Verharmlosung, die zu allem Überfluß auch noch den Kräften Vorschub leistet, die jetzt versuchen, die stalinistische Politik der Sowjetunion mit dem Nazifaschismus gleichzusetzen. Auch diese derart grobe und fatale Verzerrung ist durch eine scheinbar kleine Ungenauigkeit zustande gekommen. Die Behauptung

lehnt sich an den Text von Mario Offen-
berg an, der das

...weitgehende Einvernehmen zwischen
Zionismus und Antisemitismus, bedingt
durch die verwandten ideologischen
Ausgangspositionen

untersucht. Dabei geht es aber um den
Antisemitismus als solchen und keines-
wegs um die spezifisch nazistische Form,
die Shoa. Wie auch im Manuskript der
Radiosendung gleich am Anschluß an die-
se ungeheuerliche Behauptung ganz rich-
tig dargestellt und zitiert wird, un-
terscheidet Offenberg zwei grundsätz-
liche Haltungen gegenüber dem Antisemi-
tismus. Eine, die den Antisemitismus
als gesellschaftliche Erscheinung be-
greift und folglich zu der Auffassung
kommt:

Der Kampf gegen die Wurzeln des Anti-
semitismus und ähnlicher Erscheinun-
gen ist sinnvoll und er muß geführt
werden.

Und eine andere, die den Antisemitismus
als ewige und unveränderliche menschi-
che Eigenschaft begreift und eine Lö-
sung folglich nur in der Trennung von
Juden/Jüdinnen und den Nichtjuden/-jü-
dinnen zu sehen vermag. Hier sagt
Offenberg, diese Haltung sei charakte-
ristisch

sowohl für den Antisemitismus wie
für den Zionismus. Der Unterschied
besteht nur darin, daß der Zionis-
mus die Juden dazu aufruft, selbst
die "nichtjüdischen" Völker zu ver-
lassen, während der Antisemitismus
einfach dazu auffordert, sie raus-
zuwerfen.

Diese Darstellung Offenbergs ist eben-
so kurz wie treffend. Sie hat aber über-
haupt nichts zu tun mit einer angebli-
chen ideologischen Verwandtschaft von
Zionismus und nazifaschistischer Ver-
nichtung Millionen von Jüdinnen und
Juden.

Auch hier ist die Verhängnisvolle Un-

genauigkeit wieder verwoben mit dersel-
ben Unsensibilität, die wir bereits oben
erkannt haben. Denn auch wenn es um die
Frage von bis heute fortwirkenden struk-
turellen Kontinuitäten des Nazifaschismus
geht, besteht ein sehr großer Unterschied
darin, ob diese Frage von den Überlebenden
und Nachkommen der Opfer gestellt wird oder
von uns. Auch hier können wir uns nicht
ohne weiteres einfach die Überlegungen und
Positionen linker Juden/Jüdinnen aneignen.
Unsere Kritik an Israel begründet sich
auf die kolonialistische Siedlerpolitik,
auf die rassistische Vertreibung, auf Is-
raels Funktion als imperialistischer
Brückenkopf im Trikont. Wenn es aber um
strukturelle Kontinuitäten des Nazifa-
schismus bis heute geht, dann haben wir
uns mit dem in der Täter-(-innen) gesell-
schaft existierenden Rassismus und Anti-
semitismus auseinanderzusetzen, mit den in
unseren eigenen Reihen existierenden pa-
triarchalen, rassistischen, sexistischen
Strukturen.

Das nunmehr erkannte Problem der Ver-
zerrung von geschichtlichen Ereignissen,
und damit verbunden das richtige Verständ-
nis vom Charakter des Nazifaschismus und
dem Zionismus ist deshalb ein so zentraler
Punkt in der selbstkritischen Auseinander-
setzung, die wir dringend führen müssen,
weil genau an dieser Stelle die Fehler
passieren, die nicht passieren dürfen.
So auch der Fehler, der zu dem freibur-
ger Eklat geführt hat: Es ist eben diese
verzerrte Darstellung, zu deren Nachweis
der Bezug auf Spehl hergestellt wird. In
diesen Verzerrungen liegt also der Schwach-
punkt, wo die notwendige antizionistische
Kritik so unscharf wird, daß sie zum Ein-
fallstor für antisemitische Demagogie wer-
den kann.

Mit einem durch die nachträgliche Reflexion
geschärften Bewußtsein für die Gefahren
springt der antisemitische Charakter der
zitierten Spehl-Äusserungen sofort ins
Auge. Für die nun in Grundzügen ange-
deutete historisch korrekte Darstellung
der Zusammenhänge sind auch die von Offen-

berg selbst benutzten Spehl-Zitate nicht mehr benutzbar.

Bisher haben wir die Fehler auf ihre Herkunft untersucht und haben zu- grundeliegende Schwachstellen in der Argumentation aufgedeckt. Nun müssen wir uns fragen, wie es dazu kommen kann. Wie entstehen diese Schwachstellen, wie kommt es, daß solche historischen Ungenauigkeiten und Verzerrungen sich solange halten können, wie kommt es, daß sie Konsequenzen haben können, die derart weit hinausgehen über Fehler in konkreten Details der Darstellung?

III

Als wir uns diesen Fragen gestellt haben, sind wir auf Sachverhalte gestoßen, die zu ganz allgemeinen Mängeln und Schwächen radikaler linker Politik hier gehören, die sich in sehr vielen Bereichen zeigen - so auch in der Auseinandersetzung um Antisemitismus und Antizionismus.

Das erste, was erschreckend ins Auge springt, ist der allgemeine Mangel an geschichtlichem Wissen, die Unkenntnis speziell der Geschichte des Nazifaschismus. Die Auseinandersetzung damit erschöpft sich zumeist in nur oberflächlichen Bezugnahmen auf einzelne bekannte Fakten, während es eine verbreitete Unwissenheit über das Wesen des NS-Systems und dem Faschismus im Allgemeinen gibt.

Zum einen kommt darin natürlich die so oft beklagte Geschichtslosigkeit der Linken zum Ausdruck, die nicht zuletzt auch damit zu tun hat, daß es nach der Zerschlagung und Vernichtung der Arbeiterbewegung durch die Nazis nur noch sehr wenige persönliche Kontinuität in der linken und revolutionären Politik gegeben hat, daß die Bewegung vielfach eine "Jugendbewegung" ist und sich ein Großteil der älteren Generation immer wieder ins System integriert hat.

Zum anderen spielt sicherlich auch der herrschende verlogene Umgang mit der Geschichte des Nationalsozialismus eine wichtige Rolle, der Versuch, gerade den Bezug auf den Faschismus zur Legitimation des BRD-Systems zu nutzen. Die ständig wiederkehrenden und in ihrer Verlogenheit ekelerregenden offiziellen Gedenk- und Besinnlichkeitsveranstaltungen, schon der Pflichtdurchlauf in den Schulen, der uns alle so mit der richtigen demokratischen Abscheu vor dem NS-Bösen impfen soll, all das führt zu einer Abwehr gegen die genauere Auseinandersetzung mit dem Faschismus. Das haben wir jedenfalls bei selbstkritischer Überprüfung bei uns selbst festgestellt: Die tiefergehende Beschäftigung mit der NS-Geschichte erscheint unausgesprochen vielfach als von den Herrschenden besetztes Terrain. Zu diesem falschen Reflex auf das Erkennen der Verlogenheit im Umgang mit der Geschichte kommt noch ein in der Linken selbst wurzelndes Moment hinzu: Die Auffassung des Nazifaschismus ist oftmals gekennzeichnet von einer Entgegensetzung der faschistischen Herrschenden einerseits und dem als Opfer verstandenen "Volk" andererseits. Eine zumindest sehr bequeme Auffassung, die sich bei genauerer Auseinandersetzung mit der historischen Wirklichkeit mit der eben auch im Volk vorhandenen Massenbasis der faschistischen Politik so plump nicht aufrechterhalten läßt. Es war das verlogene "Wir haben doch nichts gewusst" all der kleinen und weniger kleinen Nazis, der hunderttausenden von MitwisserInnen, MitläuferInnen und MittäterInnen, wogegen sich ursprünglich der Vorwurf der "Kollektivschuld" richtete. Die neuen alten Herrschenden wußten diesen Vorwurf schnell und geschickt zu ihrer eigenen Entlastung, zur Verschleierung der Klassenverhältnisse, zum Verstecken der tatsächlichen Nutzniesser, der personellen wie strukturellen Kontinuität zu verwenden. Wenn wir diese propagandistische Ausbeutung des Begriffs der "Kollektivschuld" bekämpfen, dürfen wir seinen Ursprung nicht ver-

gessen, oder gar mit wegwischen. Um diese Propaganda wirkungsvoll zu bekämpfen, um die Verlogenheit zu durchbrechen und ihren eigentlichen Charakter herausstellen zu können, muß die intensive und genaue Beschäftigung mit der Geschichte und speziell mit der Geschichte des Nationalsozialismus für uns zu den Grundlagen aller politischer Arbeit werden. Das ganze Ausmaß des Mangels und die große Bedeutung davon ist uns erst in der Zeit im Knast wirklich bewußt geworden, in einer Situation, in der wir aus dem linken Alltagstrott und den ständigen Auseinandersetzungen gerissen waren und zwangsläufig mehr Zeit hatten, an Bestimmungen und Grundlagen von radikaler Politik zu überlegen.

Wenn wir hier also solche Forderungen aufstellen und die zentrale Bedeutung der vertieften Auseinandersetzung mit dem Nazifaschismus betonen, dann sind das die Erkenntnisse aus unseren eigenen Fehlern und Mängeln und die Konsequenzen, die wir selber daraus gezogen haben. Die uns aber nicht nur als individuelles Problem von uns dreien erscheinen, sondern als Ausdruck einer allgemeinen Notwendigkeit.

Eine zweite und damit zusammenhängende Ursache dieser Schwächen zeigt sich darin, daß es auch in anderen Bereichen als dem Antizionismus die verbreitete Tendenz gibt, das, was wir bekämpfen, als faschistisch zu etikettieren und unsern Kampf darüber zu begründen. Eine Tendenz, die auch an bestimmten Passagen unserer Prozeßerklärungen von GenossInnen kritisiert wurde. Bei der Auseinandersetzung mit der Kritik wurde uns bewußt, daß diese Tendenzen ein tiefes Unverständnis des Imperialismus ausdrückt. Obwohl wir im Grunde wissen, daß Kapitalismus und Imperialismus die Grundstrukturen sind, um deren Überwindung wir kämpfen müssen, obwohl wir uns deshalb auch als antiimperialistisch bezeichnen, obwohl auf einer bestimmten

Ebene ein grundlegender Konsens darüber besteht, daß Faschismus eine bestimmte Erscheinungsform des Kapitalismus ist, eine Gestalt, die die bürgerliche Gesellschaft unter bestimmten historischen Bedingungen mit einer gewissen Notwendigkeit annimmt, obwohl zu den Grundlagen linken Selbstverständnisses das Bewußtsein gehört, daß die BRD auf den kontinuierlich fortbestehenden Grundstrukturen aufbaut, die vor nicht allzu langer Zeit die faschistische Fratze angenommen haben, obwohl wir dies alles wissen, neigen wir alle dazu, das, was wir bekämpfen, als faschistisch zu bezeichnen. Diese Bezeichnung ist dann immer der Versuch, den wahren niederträchtigen Charakter möglichst deutlich und genau auf den Punkt zu bringen, obwohl wir wissen, daß das Wesen dessen, was wir meinen, die kapitalistische und imperialistische Struktur ist. Indem wir so oftmals unbedacht Ursache und Wirkung verwechseln, eine bestimmte historische Erscheinungsform mit dem strukturellen Kern, tragen wir eher dazu bei, die herrschenden Verhältnisse zu verkennen. Das führt immer wieder dazu, daß unsere Politik faktisch darin steckenbleibt, den Herrschenden die Maske vom Gesicht reissen zu wollen in der Hoffnung, die sich dann zeigende faschistische Fratze würde eine Mobilisierung von Protest bewirken - auch wenn wir diese Bestimmung verbal alle ablehnen.

Wider besseres Wissen zieht sich so eine Tendenz durch die Geschichte der radikalen Linken, den Herrschenden die Praxis des mehr oder weniger offenen Ausnahmezustandes vorzuwerfen, anstatt unsere Politik ausgehend davon zu bestimmen, daß der imperialistische Normalzustand die eigentliche Katastrophe ist.

Diese Schwäche hat viel mit der tatsächlichen Undurchsichtigkeit der herrschenden Strukturen zu tun; damit, daß Ausbeutung und Unterdrückung von der Mehrheit scheinbar gar nicht wahrgenommen werden. Aber der alle Bereiche linksradikaler Politik durchziehende Versuch, das zu

durchbrechen mit der Entlarvung des faschistischen Charakters der Herrschenden, mit dem Fingerzeig auf die Bosheit und Niedertracht einzelner Herrschender, die in Wirklichkeit doch nur auswechselbaren Charaktermasken sind, dieser Versuch fällt uns immer wieder auf die Füße. Schon dann, wenn dagegegehalten wird, daß trotz allem wichtige Unterschiede klaffen zwischen der Praxis der heute Herrschenden und dem, was das Spezifische des Nazifaschismus ausgemacht hat. An diesem Punkt wird die grundlegende Schwäche linksradikaler Politik deutlich: Unsere Bestimmung besteht vor allem in der Negation, in der Abgrenzung von den Herrschenden, der Entlarvung ihrer niederträchtigen Absichten und Praktiken, in der Anti-Bestimmung. Ein Großteil unserer politischen Arbeit beschränkt sich auf die Analyse der Schweineseite, anstatt an dem Inhalt unserer eigenen Vorstellungen, Ziele und Werte zu arbeiten. So fallen unsere Ansätze oftmals zurück in den Versuch, durch Aufdeckung Empörung hervorzurufen, was immer wieder an dieselben Grenzen stößt und die Mobilisierung durch Vermittlung eigener Zielvorstellungen und Werte, eigener positiv bestimmter Inhalte nie ersetzen kann. Zuletzt setzt sich diese Schwäche in den oftmals zermürbenden und viele Kräfte absorbierenden Auseinandersetzungen innerhalb der Linken fort, wo wir einen großen Teil wichtiger Energien für die Streitereien untereinander, die Bestimmung der eigenen Position durch die Abgrenzung gegen andere anstelle von eigener inhaltlicher Bestimmung suchen. Das Stolpern über diese Lücken hat oft zu dem Versuch geführt, sie durch den Bezug auf die eigenen Bedürfnisse auszufüllen. Aber die Fixierung auf die so in den Mittelpunkt gestellte subjektive Befindlichkeit ist verkürzt, sie kann die Lücke nicht ausfüllen, sondern hat oftmals mehr zur Selbstgettoisierung beigetragen.

Anstatt die Einseitigkeit zu überwinden, die in der reinen Abgrenzung vom System steckt, hat sie sie vielfach verstärkt, indem die Abgrenzung gegen die "Normalos", die "Spießer", die "Metropolenzombis" hinzukam, die Abgrenzung gegen alle, die unsere subjektiven Bedürfnisse momentan nicht teilten.

Allerdings, das feststellen und kritisieren heißt nicht, es schon überwunden zu haben. Wie alle haben auch wir selbst mit diesen Schwächen zu kämpfen und haben natürlich keine einfachen und schnellen Antworten auf die Frage nach der positiven inhaltlichen Bestimmung. Wir wissen nur, daß es dabei nicht vorrangig um das Ausmalen konkreter Utopien, nicht um phantasievolle Gesellschaftsmodelle geht, sondern um die Bestimmung und Formulierung von Zielen, um die Vermittlung von Werten, die uns vom herrschenden System unterscheiden. Die Ausstrahlung, die umwälzende Sprengkraft der revolutionären Bewegung liegt letztendlich in ihrer moralischen Überlegenheit. Unsere Aufgabe ist es nicht nur, die zu erobern, sondern auch, sie umfassend zu vermitteln.

In diese Allgemeinheit formuliert sind dies nur Fragen, keine Antworten. Aber wir denken, das offene Aussprechen dieser Fragen ist notwendig, um die Richtung unserer weiteren Arbeit herauszufinden und Schwerpunkte zu setzen, die zur Überwindung der momentan allgemein festgestellten Krise der Linken beitragen können.

IV

Um von diesem kurzen Hinweis auf allgemeine Schwächen linksradikaler Politik wieder zum Thema zurückzukommen, zu der Auseinandersetzung um Antisemitismus und Antizionismus: Wie im Allgemeinen, so gilt auch hier, daß es notwendig ist, die Selbstkritik offen und schonungslos zu betreiben. Nur so können wir uns die Souveränität erwerben, den Angriffen aus dem Lager der etablierten Linken zu begegnen, nur so gewinnen wir Glaubwürdigkeit für all diejenigen, die noch keinen

gefestigten Standpunkt haben, die aus dem Wissen um die Verkommenheit des Systems nach Ansätzen suchen und aus dem Bedürfnis nach verantwortlichem Umgang mit der Geschichte der Nazi-verbrechen für die Manöver der etablierten Linken offen sind.

Was wir oben im Allgemeinen für das Verhältnis von Imperialismus und Nazifaschismus festgestellt haben, gilt auch im Besonderen für unseren Umgang mit dem Zionismus. Der Zionismus ist eine besondere Form des Imperialismus, er bringt die imperialistischen Grundstrukturen des Rassismus, der kolonialen Ausbeutung, der militärischen Expansion und Unterdrückung in spezifischer Weise zum Ausdruck; durch seine vorgeschobene Position innerhalb des imperialistischen Systems in einer gesteigerten Form. Der Nazifaschismus war ebenfalls eine bestimmte Ausdrucksform der imperialistischen Grundstrukturen, aber unter völlig andern historischen Bedingungen, in einer nicht vergleichbaren internationalen Umgebung, aus einer ganz andern Position innerhalb des imperialistischen Systems. Und vor allem ist die spezifisch nazifaschistische Erscheinungsform von Rassismus, kolonialer Ausbeutung und militärischer Expansion eine andere als die zionistische. Gemeinsam sind beiden die imperialistischen Grundstrukturen und ihr im Verhältnis zu den jeweiligen imperialistischen Kernländern gesteigerter offener Ausdruck. Aber die konkrete Art und Weise dieses Ausdrucks ist unterschiedlich. Mit dem Entstehen der Nationalstaaten in Europa, der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft entwickelte sich der "moderne", rassistische Antisemitismus. Hatte die bürgerliche Revolution, die Aufklärung dazu beigetragen, daß der religiös begründete Antijudaismus an Bedeutung verlor und ermöglichte der bürgerliche Emanzipationsbegriff zunächst die Assimilie-

rung von Jüdinnen und Juden, so erforderten die bald spürbar werdenden Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft neue Feindbilder. Dieses strukturelle Element der bürgerlichen Gesellschaft fand in Deutschland schließlich seinen ins Extrem gesteigerten Ausdruck im Nazifaschismus und in der Shoa.

Der Zionismus entstand als Reaktion auf den von den kapitalistischen Nationalstaaten hervorgebrachten Antisemitismus - aber als Reaktion, die in denselben bürgerlich-nationalistischen Strukturen befangen blieb.

Wenn wir diesen Zusammenhang richtig darstellen wollen, müssen wir diese gemeinsamen bürgerlich kapitalistischen Wurzeln herausheben, die die Strukturen des Imperialismus darstellen, wir dürfen nicht diese beiden unterschiedlichen Erscheinungsformen gleichsetzen.

Es besteht ein Zusammenhang zwischen dem Nazifaschismus und der Durchsetzung des bis Anfang der 30er Jahre weltweit minderheitlichen und einflußlosen Zionismus. Der liegt aber darin, daß die unvorstellbare Dimension der faschistischen Verbrechen vielen Jüdinnen und Juden den Zionismus als einzige Gegenkraft, als einzigen Ausweg erscheinen ließ.

Die Tendenz zur Faschisierung wohnt allen imperialistischen Staaten inne, eine besondere Gemeinsamkeit zwischen Zionismus und Nazifaschismus im Unterschied zu den andern imperialistischen Staaten kann und darf daraus nicht behauptet werden. Denn eine solche Behauptung verschleierte nicht nur das Wesen des Imperialismus, sie leistet nicht nur der Gleichsetzung von Stalinismus und Faschismus Vorschub, sondern stellt darüber hinaus auch tatsächlich das Einfallstor für die Indifferenz gegenüber antisemitischen Demagogien her.

Deshalb halten wir die Forderung, daß keine Analogisierung von Nazifaschismus und Zionismus gemacht werden darf, für berechtigt und politisch dringend notwendig. Dies ist allerdings die einzige der in der freiburger Auseinandersetzung erhobenen Forderungen, die wir für richtig

halten. Vor diesem Hintergrund unserer Überlegungen wollen wir auch zu den anderen Forderungen kurz Stellung nehmen.

So wird auch gefordert, daß Israel bei der Kritik der Verhältnisse im Nahen Osten nicht mehr hervorgehoben werden dürfe. Diese Forderung halten wir für falsch, denn Israel ist der imperialistische Vorposten in der Region, in der Konfrontation mit Israel überschneiden sich alle anderen Probleme. Das heisst selbstverständlich nicht, daß Israel die Ursache aller Widersprüche dort sei, aber die zentrale Stellung Israels muß entsprechend den Tatsachen auch benannt werden. Allerdings immer derart, daß der Zionismus als eine bestimmte Erscheinungsform imperialistischer Herrschaft dargestellt wird, deren zentrale Ursache das imperialistische Weltwirtschaftssystem ist.

Entgegen der Forderung, der Begriff des Antizionismus dürfe nicht mehr verwendet werden, halten wir es für notwendig, ihn beizubehalten. Dies aber mit der unbedingten Verpflichtung, nach all den verheerenden Ungenauigkeiten und Fehlern sehr vorsichtig damit umzugehen. Antizionismus darf nicht mit Antifaschismus verwechselt werden, sondern er bezieht sich auf die spezifische Herrschaftsstruktur des israelischen Staates. Ebenso wie der Anti-Apartheid-Kampf den besonderen Kampf gegen die Herrschaftsbedingungen des imperialistischen Südafrika bezeichnet, hat auch der Begriff des Antizionismus eine politische Berechtigung. Aber sie ist verbunden mit der Verpflichtung für uns, die inhaltlichen Bestimmungen des Antizionismus so klar und eindeutig herauszuarbeiten, daß jede Verwechslung mit Antisemitismus und dem als "antizionistisch" verkleideten neofaschistischen Antisemitismus ausgeschlossen ist. Daß es hierbei noch dringend zu überwindende Mängel gibt, hat sich leider gezeigt.

Die Erkenntnis, daß die Auseinandersetzung mit dem Patriarchat, mit sexistischen Strukturen zur unabdingbaren Voraussetzung linker Politik gehört, hat sich in den letzten Jahren allgemein durchgesetzt, zumindest wird ihr nicht mehr offen widersprochen. Daß sich diese Erkenntnis zu meist nur in parolenhaft angehängten Lippenbekenntnissen niederschlägt, während die wirklich vertiefte Auseinandersetzung weiterhin fehlt, ist immer noch berechtigter Bestandteil feministischer Kritik. Ebenso verhält es sich unserer Meinung nach mit der Auseinandersetzung über Antisemitismus - der im übrigen eng verwoben ist mit anderen patriarchalen Strukturen.

Schliesslich wird die Anerkennung eines Existenzrechts für den Staat Israel gefordert. Das kann unserer Meinung nach nicht zu den Grundlagen linker Politik gehören. Der Staat Israel beruht auf rassistischer Unterdrückung und Vertreibung, auf kolonialer Besiedlung und militärischer Expansion, er ist von diesen Strukturen nicht zu trennen. Das sind letztlich Ausdrücke des bürgerlich-kapitalistischen Charakters, die dieser Staat mit allen imperialistischen Staaten gemein hat, ein Recht dazu kann von uns nirgendwo auf der Welt anerkannt werden. Wir haben im Gegenteil die Pflicht, alle Unterdrückerischen Verhältnisse zu kritisieren. Das bedeutet, die, die uns unmittelbar selbst betreffen, direkt zu bekämpfen, und es bedeutet, konkret und praktisch solidarisch zu sein mit allen fortschrittlichen Kräften, die Unterdrückung bekämpfen, der sie selbst ausgesetzt sind. Diese grundlegende Solidarität muß aber zusammengehen mit einer Zurückhaltung, was Lösungsvorschläge und die Bestimmung von Zielen betrifft. Die Bestimmung von Etappen und Zielen ist immer die Aufgabe der unmittelbar betroffenen und selbst kämpfenden Menschen. Wir müssen die Schritte und Ziele der Kämpfe hier bestimmen, und wir müssen selbstverständlich auch kritisch Stellung nehmen zur Politik der Befreiungsbewegungen. Bezogen auf Palästina bedeutet dies, daß wir beispielsweise die Vorstellun

einer sogenannten Zwei-Staaten-Lösung auf ihre Konsequenzen, ihre Möglichkeiten, ihren Sinn kritisch hinterfragen müssen. Aber ebensowenig wie es uns ansteht, von hier aus irgendein staatliches Existenzrecht festzuschreiben zu wollen, steht es uns an, von hier aus konkrete Lösungsvorstellungen zu propagieren, die über die Bestimmungen der Befreiungsbewegungen selbst, bzw. ihrer fortschrittlichsten Kräfte hinaus gehen. Das gilt ganz grundsätzlich für unser Verhältnis allen Befreiungsbewegungen gegenüber, also auch dem palästinensischen Befreiungskampf. Ingrid Strobl schreibt dazu:

Die reale Situation im sogenannten Nahen Osten ist kompliziert und widersprüchlich. Israel ist sowohl ein Ort der Zuflucht für historisch und aktuell verfolgte Juden, als auch, in den Worten des israelischen Psychoanalytikers Aron Ronald Bodenheimer, ein Aussenposten des Nordens mitten im Süden. Die Opfer sind heute auch Täter. Ein Volk, das Verfolgung und Unterdrückung 2000 Jahre lang erlitten hat, das in Europa fast zur Gänze ausgelöscht wurde, und das noch immer überall und jederzeit aufs neue von Diskriminierung und Verfolgung betroffen oder bedroht ist, hat logischerweise das Bedürfnis nach Sicherheit, und es hat das Recht darauf. Daß dieser legitime Anspruch scheinbar nur auf Kosten der Palästinenser zu befriedigen sein soll und daß er von den Imperialisten des Nordens und den nationalen Kräften des Landes gegen die arabische Bevölkerung - als Untermenschen - mißbraucht wird, ist eine Tragödie, die nur die von ihr betroffenen jüdischen und arabischen Menschen - gegen die Interessen und das Machtkalkül des Imperialismus - beenden können. (aus: Neue "Untermenschen", konkret 4/91)

V

Eine größere Sensibilität im Umgang mit der hier beschriebenen Widersprüchlichkeit scheint allgemein notwendig. Auch auf der Seite der KritikerInnen der antizionistischen Palästina-Solidarität. Denn es zeugt von fortgeschrittener Einäugigkeit, wenn die VerteidigerInnen des staatlichen Existenzrechts für Israel ihre Position begründen, Nicht-Anerkennung bedeute letztendlich erneute Vertreibung für die israelischen Jüdinnen und Juden - um dieser Behauptung das Argument anzuschließen, daß die Indifferenz gegen konkretes Leiden für Antisemitismus charakteristisch ist. Warum der grundsätzlich unterdrückerische und expansionistische Charakter des israelischen Staates niemals eine friedliche und gesicherte Existenz für Jüdinnen und Juden sein kann, sondern nur ein Leben in permanentem Kriegszustand, darauf wollen wir hier gar nicht weiter eingehen. Dagegen ist die letztere Feststellung, daß Indifferenz gegen konkretes Leiden *) ist für Antisemitismus, für sich genommen richtig. Allerdings nicht der damit suggerierte Umkehrschluß. Indifferenz gegen konkretes Leiden ist nichts spezifisch antisemitisches, sondern ist charakteristisch für alle Formen von Rassismus, Sexismus, von patriarchalem Denken, von hermetischem Denken, kurz: von Herrschaftsdenken in all seinen Erscheinungen.

Sensibilität für konkretes menschliches Leiden ist der zentrale Maßstab für Linke Politik, für uns alle. Sie ist der Kernpunkt an dem wir unsere Praxis ständig messen müssen. Statt der Anerkennung eines Existenzrechtes von Staaten geht es darum, Verhältnisse zu erkämpfen, die Existenzrecht und Würde aller Menschen gewährleisten. Diese Forderung hat nichts mit bürgerlichem Pazifismus zu tun, sie bedeutet nicht, daß im revolutionären Kampf keine Gewalt angewendet werden dürfe. Sie verpflichtet vielmehr, alle unterdrückerischen Gewalt-

*) Einfügung: charakteristisch

verhältnisse praktisch abzuschaffen. Das bedeutet, und das ist nicht zuletzt eine wesentliche Lehre aus der Niederlage des Realsozialismus, daß wir unsere Praxis ständig selbstkritisch an dieser Forderung zu messen und in jedem konkreten Schritt zu rechtfertigen haben. Die Einschränkung von Freiheit, die Anwendung von Gewalt darf niemals pauschal durch den Hinweis auf den Feind gerechtfertigt werden. Hier lag eine der inneren Ursachen für die Verhärtung und Verselbständigung der Herrschaftsstrukturen im Realsozialismus, die schließlich zu dem Zusammenbruch geführt haben. Hier liegt unserer Überzeugung nach der Schlüssel, um die moralische Überlegenheit zurückzuerobern.

Allerdings ist das Verhältnis zu konkretem menschlichem Leiden der verbindliche Maßstab für alle, also auch diejenigen, die ein Existenzrecht Israels verteidigen. Ihre Glaubwürdigkeit bemißt sich an ihrem Umgang mit dem konkreten Leiden der PalästinenserInnen. Dies muß in aller Deutlichkeit betont werden. Es ist notwendig, alle Positionen an dieser Frage zu überprüfen, denn die in den letzten Monaten plötzlich so breit und vehement eingeforderte Solidarität mit Israel hatte durchaus unterschiedliche Motive. Eines, das sicherlich eine wichtige Rolle spielt, hat Ingrid Strobl in dem erwähnten Konkret-Artikel so beschrieben:

Normalerweise eignet sich die Solidarität mit aus rassistischen Gründen real oder potentiell Verfolgten gar nicht, um sich in die Gemeinschaft der Profiteure zu integrieren. Doch jetzt sind "die Juden" der nicht länger heimatlos sein wollenden deutschen Intelligenz gerade dafür gut. Die, die als Untermenschen von den eigenen Vätern ermordet wurden, werden als zur Zeit gerade höherwertig gegen die aktuellen Untermenschen, die Araber, ausgespielt. ...

Die Toten in Israel werden nicht deshalb offiziell betrauert, weil sie Juden oder möglicherweise auch noch Überlebende der Shoa sind, sondern weil sie Angehörige eines Staates sind, den man als Vorposten des Imperialismus in der Region benötigt (und nur als das), und weil man mit ihnen die beste Propaganda zur Rechtfertigung des Krieges betreiben kann. Die deutsche Intelligenzia, die sich von dieser Rechnung überzeugen läßt, wird weniger von ihrem Antifaschismus und ihren Schuldgefühlen als Kinder der Endlöser motiviert als von den enormen Vorteilen, die sie daraus für ihre eigenen Manöver zieht. Ihre vollständige Ignoranz gegenüber den im wahren Sinne des Wortes ungezählten Bombenopfern in Bagdad entlarvt ihre Tränen um die Opfer der Scud-Raketen als Krokodilstränen.

Mit den sich daraus ergebenden Fragen im Hinterkopf müssen wir auch die Broschüre der freiburger RDL-KritikerInnen betrachten. Dort wird zwar als Ausgangspunkt formuliert:

Wenn wir im folgenden über Antisemitismus in der Linken sprechen, meinen wir damit zunächst den Antisemitismus in der Gesellschaft überhaupt, von der die Linke nur ein Teil ist. Nicht "die Linke" an sich ist antisemitisch, sondern sie ist es soweit, wie in der Gesamtgesellschaft antisemitischer Diskurs gepflegt wird. (Seite 11)

Und:

Die gesellschaftlichen Ursachen, die die Ursache dieser industriellen Vernichtung, den Antisemitismus, hervorbrachten, existieren aber weiterhin. So auch der Antisemitismus. (Seite 12)

Eine vertiefte Auseinandersetzung, die auf diesen so gestellten Fragen aufbaut, würden wir für gut und richtig halten, sie sollte durchaus scharf und kontrovers geführt werden. Das allerdings würde bedeuten, sich mit der Frage nach den Ursachen auch tatsächlich auseinanderzu-

setzen. Die Benennung und Analyse der fortbestehenden gesellschaftlichen Grundlagen des Antisemitismus und seiner Strukturen muß zum Ausgangspunkt für jede Kritik und Auseinandersetzung werden, denn nur von da aus, von den Ursachen her lassen sich die festgestellten Mängel und die behaupteten antisemitischen Stereotype überwinden. Anstatt sich aber darum zu bemühen, beschränken sich die RDL-KritikerInnen auf die fingerzeigenden Beschreibungen im einzelnen teilweise berechtigter Kritikpunkte. Am Ende ihrer Bemühungen steht schliesslich die Denunziation der gesamten radikalen Linken als antisemitisch. Die Absicht scheint also eher in der Überwindung der Linken zu liegen als darin, durch Kritik am Aufbau einer Kraft zu arbeiten, die stärker und wirksamer die Überwindung der gesellschaftlichen Ursachen des Antisemitismus (und aller unterdrückerischen Verhältnisse) vorantreiben kann.

Wir sind allerdings der Meinung, daß nur dieses Ziel berechtigt, Vorwürfe zu erheben. Aber die RDL-KritikerInnen bringen sogar das Kunststück fertig, die Forderung einer am Ziel orientierten Kritik zu einem weiteren "antisemitischen Stereotyp" zu stempeln. Feinsinnig wird unterschieden, den von ihnen als "linke Antisemiten" Angegriffenen gehe es

weder um "kleinbürgerliche" noch um "proletarische" noch um den Begriff der "Kritik" überhaupt, sondern um den Gegensatz zwischen einer "kleinbürgerlichen" und also destruktiven zu einer "gerechtfertigten" und konstruktiven. Es ist dieser Dualismus zwischen zwecklos und nützlich, zwischen dem eitel Niederreißen und dem organisch Aufbauenden - und damit die fixe Idee, in der moderner Antisemitismus sich ausspricht -, die den Agitator leidenschaftlich interessiert. (Seite 20)

Entsprechend steht am Ende einer kom-

plizierten Beweisführung der Schluß, daß es sich bei dem freiburger Vorfall gar nicht um einen überwindbaren Fehler von Linken handele, sondern

daß Spehls integraler Judenhaß allerdings zur Kenntnis genommen und goutiert wurde, daß man es jetzt aber bereut, erwischt worden zu sein (...). (Seite 22)

Na gut, wer mit soviel Mühe zu diesem Schluß gekommen ist, sucht wohl selbst die Abgrenzung, um sich ohne schlechtes Gewissen offen von der Linken distanzieren zu können. Daß zu diesem Zweck ungerechnet das Problem des Antisemitismus funktionalisiert wird, wollen wir nicht weiterkommentieren, das müssen die Betroffenen vor sich selbst und der Geschichte verantworten.

Wir allerdings sagen, daß es uns im Unterschied dazu nicht um linke Grabenkriege geht, sondern um die Orientierung am Ziel, dann verpflichtet uns das auch, uns unabhängig von den Motiven der KritikerInnen mit Kritik auseinanderzusetzen. Am Ziel orientiert heißt, zwischen dem konkreten Inhalt von Kritik und den Motiven, aus denen sie geübt wird, zu unterscheiden. Der Rückzug hinter die Denunziation des antikommunistischen Motivs wäre nur die spiegelbildliche Gegenreaktion. Welche der aufgeworfenen Fragen wir für inhaltlich berechtigt und diskussionsbedürftig halten, haben wir anzureißen versucht.

VI

Leider ist es häufig anzutreffen, daß Kritik an Ansätzen und Formen linker Politik im einzelnen berechtigt und analytisch durchaus tiefgehend ist, dabei aber völlig das Ziel aus den Augen verliert. Ein Mechanismus, den wir gerade aus dem Knast heraus sehr genau kennen und der irgendwann tödlich ist: Wenn mensch anfängt, sich nur noch mit sich selbst zu beschäftigen, wenn die Fragen nur von den Zellenwänden zurückgeworfen werden und schliesslich alles ins Bodenlose kreist.

Darauf zielt der Knast, die Abschottung von der Aussenwelt, die Isolierung von menschlichen Kontakten, von politischer Diskussion. Hier drin lernt mensch sehr bald: Die schlimmsten Gefängnisse sind die, die wir uns selber bauen.

Das selbstzerstörerische Kreisen um immer dieselben Punkte, das die Kritik letztlich bei Rechthaberei stehen läßt, können wir nur überwinden durch die Orientierung am Ziel, dadurch, daß wir nach dem Feststellen der Mängel diese Probleme akzeptieren und uns ihnen stellen, um an ihrer Überwindung zu arbeiten. Sich diesen Schritt zu erkämpfen ist das erste Loch zur Freiheit, das mensch sich schlagen kann. Selbstgebaute Mauern sind aber auch die Abgrenzungen, die aufgebaut werden, wenn wir alles, was nicht unser Ziel verfolgt, was nicht von vornherein mit uns identisch ist, völlig abwehren. Zum Abwehren mauern wir uns dann selbst immer weiter ein, versetzen uns in Unbeweglichkeit, schaffen uns die Isolation, das Zurückgeworfen-Sein auf uns selbst, bis der Druck irgendwann so groß wird, daß wir ihm nicht mehr standhalten können. Dem, was kommt, offen begegnen zu können, Kritik auf ihre Berechtigung hin überprüfen zu können, die richtigen Elemente überall herausfinden und annehmen zu können; alles wahrzunehmen, auch das was zunächst nicht ins vertraute Weltbild der uns umgebenden Wände passt, das sind die weiteren Löcher zur Freiheit - deren existentielle Bedeutung einer/m im äußerlichen, aus handgreiflichen Mauern und Gittern gebauten Knast sehr bald klar wird.

Auf diesem Weg müssen wir uns die Freiheit erobern, von drinnen wie von draußen. Sonst gehts uns in kapitalistischer Nacht bei reaktionärem Wind wie damals dem Alten mit seinem Kind.

* * * * *

Butzbach/Schwalmstadt, Juli 1991

Bernhard Rosenkötter
Ali Jansen
Michael Dietiker

Gefangene aus dem antiimperialistischen
Widerstand

Apropos "(wissenschaftlicher) Sozialismus mit menschlichem
Antlitz":

EIN MORALISCHER APPELL

oder

Die hohe Kunst am fliegenden Trapez

Es gibt keinen Humanismus ohne klare Stellungnahme zu den geschichtlichen Problemen der Epoche; als bloßes Bekenntnis zu sich selbst kann er nicht existieren. Der Humanismus der Vergangenheit bestand in der Kritik der feudalistischen Weltordnung mit ihrer Hierarchie, die zur Fessel der Entfaltung der Menschen geworden war. Der Humanismus der Gegenwart besteht in der Kritik der Lebensformen, unter denen die Menschheit jetzt zugrunde geht, und in der Anstrengung, sie in vernünftigem Sinn zu verändern.

(Max Horkheimer)

"Sozialistischer Humanismus", autonomer Humanismus oder gar kein Humanismus? - so stellt Desch uns die Frage in der Überschrift der kritischen Anmerkungen zur Renaissance des Humanismus in der linken Debatte (Provo 20, Dez. 91).

Nach dem Lesen des Artikels blieb uns allerdings unklar, welche praktischen Konsequenzen wir aus alldem ziehen sollen. Klar ist, daß es nötig ist, allen sich humanistisch gebenden Ansprüchen und Äußerungen gegenüber zunächst kritisch und argwöhnisch zu sein. Klar ist auch, daß der bürgerliche Humanismus historisch mit der Bemäntelung und Rechtfertigung gigantischer Unmenschlichkeit verbunden war und ist, wie wir zwar wenig überraschend, aber zitatenreich belegt lesen durften. Es gibt also manche Gründe, über die von Desch zitierte These Althusser's nachzudenken, "daß die Erkenntnis der konkreten (wirklichen) Men-

schen, d.h. die Erkenntnis des Ensembles der gesellschaftlichen Verhältnisse, nur unter der Bedingung möglich ist, daß mensch auf die theoretischen Dienste des Begriffs Mensch (...) ganz verzichtet". Die Schlußfolgerungen lassen uns allerdings aufhorchen, insbesondere Deschs "letztes Wort zu diesem Problem: Bei diesen Differenzen geht es nicht um Wortklauberei" - hier gehen wir noch voll mit dem Autoren/der Autorin (wir raten: 1 Mann) einig, auch wir halten das für eine zentrale praktische Frage. Bloß meinen wir damit wohl eine andere als Desch, der/die fortfährt: "...sondern um die folgende entscheidende Frage: ob wir als RevolutionärInnen nur moralischen Protest artikulieren oder aufgrund von Sachkenntnissen auf (die Geschichte) einwirken". Wenn wirklich das die entscheidende Frage wäre, wär alles ja prima einfach, einwirken wollen wir

diesmal noch ohne Hals- und Beinbrüche. Und wir blicken mit dieser speziellen Mischung aus Bangen und Hoffen auf den Drahtseilakt, der vor uns liegt, wenn wir den so umrissenen Ansprüchen gerecht werden wollen. Denn was wir mit alledem wollen, läuft wohl hinaus auf einen Drahtseilakt, bei dem es nicht nur auf jeden Schritt, sondern auf jede kleinste Bewegung ankommt: die Revolution.

Wenn also die sog. *humanistischen Ideale* dabei die Bewegungsrichtung angeben, dann ist uns die *Wissenschaft* dabei vielleicht die Balancestange, die uns, je besser wir mit ihr umzugehen verstehen, den Weg erleichtert - aber laufen und dabei die Balance halten müssen wir schon selbst. Wer das Ganze mit einem Sessellift verwechselt oder meint, an der Stange Halt finden zu können, stürzt unausweichlich ab. Im Unter-

schied zu unserer kleinen theoretischen Trapezübung findet der praktisch-geschichtliche Drahtseilakt ohne Netz statt. Daß es dann nicht bloß bei Beinbrüchen bleibt, durften wir gerade weltweit erfahren. Immerhin, dafür haben wir was über Balance dazugelernt - was allerdings auch eine moralische Verpflichtung der Geschichte gegenüber ist. Also los, gehen wir weiter!

Bernhard Rosenkötter
Ali Jansen
Michael Dietiker
Dezember 1991
Butzbach/Schwalmstadt

Lob des Kommunismus

Er ist vernünftig, jeder versteht ihn, Er ist leicht.
Du bist doch kein Ausbeuter, du kannst ihn begreifen.
Er ist gut für dich, erkundige dich danach.

Die Dummköpfe nennen ihn dumm,
und die Schmutzigen nennen ihn schmutzig.

Er ist gegen den Schmutz und gegen die Dummheit.
Die Ausbeuter nennen ihn ein Verbrechen.
Wir aber wissen:

Er ist das Ende der Verbrechen
Er ist keine Tollheit, sondern
Das Ende der Tollheit.
Er ist nicht das Rätsel,
sondern die Lösung.
Er ist das Einfache,
das schwer zu machen ist.

(Bert Brecht)

Neue Version

**DIE DEFINITION DER FREIHEIT IST DIE
THEORIE DER GESCHICHTE UND UMGEKEHRT *)**

und

**Unser Kopf ist rund damit das
Denken die Richtung wechseln kann *)**

Infolge der überaus schnellen Kritiken einerseits, der verdrehten Form unseres Beitrags "Friedhofsschändungen - Gespenst oder Aktualität des Antisemitismus" (Dezember 1990) in 'konkret' 1/91, was durch eine Kette unglücklicher Mißverständnisse zustandekam (und vor allem wiederum die schlechten Arbeitsbedingungen aus dem Knast heraus dokumentiert), sehen wir uns veranlasst, einige grundsätzliche Punkte zu verdeutlichen, welche uns diesen Beitrag schreiben liessen. Gleichzeitig soll der vorliegende Beitrag ein weiteres Teil unserer kontinuierlichen Diskussion um diesen ungemein schwierigen Komplex sein.

Für jeden von uns hat der Kampf des palästinensischen Volkes in der subjektiven Geschichte der Politisierung eine wichtigen Stellenwert eingenommen. Nicht zuletzt war auch dies der Hintergrund, weshalb eines unserer Schlüßworte am Prozeß gegen uns die damals bereits 1 1/2 Jahre andauernde Intifada zum Thema hatte. Die Intifada welche aus dem über 25 Jahre anhaltenden bewaffneten Befreiungskampf der PLO und den in ihr integrierten Organisationen gewachsen ist. Der Bezug ist für uns darüber hergestellt, daß der palästinensische Befreiungskampf Beispiel war und ist, wie über Kämpfe und Auseinandersetzungen gesellschaftliche Werte sich verändern, gesellschaftliche Strukturen sich im Umbruch befinden. Dies beruht nicht zuletzt in der Tatsache, daß der palästinensische Befreiungskampf nicht nur von der

'Kraft der Negation' lebt, wie sie hier vorherrschend in politischen Konzepten ist, sondern aus der Liebe zu den Menschen entstammt. Der Aufbau der Basisstrukturen, innerhalb der Intifada beispielsweise, zeigt dies ganz klar. Ein anderer Bezug - und nicht minder wichtig - war für uns aus dem abgebrochenen Hungerstreik (1989) hergestellt, wo der unzerstörbare Wille und Mut der PalästinenserInnen uns Beispiel war und ist, vor einem noch so mächtigen Feind nicht zurückzuschrecken; eine beendete Phase des Kampfes nicht das Ende ist und wir in unseren täglichen Auseinandersetzungen mit dem Feind - für uns in unmittelbarer Form des Knastes - nur wachsen können. (Drastische Worte mögen sich welche denken, doch wir versichern, geschrieben in einer drastischen Situation)

Seit dem Tag wo wir diese Erklärung gehalten haben, ist eine Menge Zeit vergangen, und sovieler Verschiebungen im globalen Machtgefüge sind passiert, wie wir uns damals nie hätten vorstellen können.

Millionen von Menschen, von uns aus gesehen im Osten, erleben seit dem entgültigen Scheitern des in den kapitalistischen Strukturen gefangenen gebliebenen Realsozialismus wieder das Elend der ungeschminkten Ausbeutung in den von den imperialistischen Metropolen abhängigen

*) Zitate von Max Horkheimer und Francis Picabia - aber: erst lesen, dann motzen!

verstehen unter 'aktivem Kampf' nicht einfach Militanz da wo's 'drückt'. Die ist nur Ausdruck im Wechselspiel mit dem womit wir uns auseinandersetzen, auseinanderzusetzen haben. Militanz ist nicht einfach die Waffe, das Molli in der Hand. Militanz ist unsere Haltung, geistig wie physisch gegen das was uns bedrückt, bedroht und ausbeuten will, gegen das was wir als permanentes Verbrechen an der Menschheit erkennen - an diesem Planeten insgesamt. Denn was mit unserer Umwelt passiert, ist mittelbar wie unmittelbar genauso Verbrechen an uns wie an allen anderen. Und auch hierbei können wir davon ausgehen, daß das Zentrum von dem ganzen Dreck, von dem ganzen Raubbau in den Metropolen liegt. Für uns heißt Militanz die genaue Auseinandersetzung mit der Geschichte und der Gegenwart, denn letztere ist Produkt aus ersterer - was diese ganzen Parlaments-, Podiums- und Sessel-MarxistInnen eigentlich auch wissen sollten. Wir haben uns in den letzten Jahren der Geschichte dieser deutschen Nation verschärft angenommen, wir haben uns gefragt, wie bringen wir die historische und die aktuelle Verantwortung, wie aber auch unsere ureigensten Interessen und Bedürfnisse (aktuell die Zusammenlegung - die Freilassung), aber auch perspektivisch eine wirkliche und grundlegende revolutionäre Veränderung der herrschenden imperialistischen und patriarchalen Verhältnisse auf einen Nenner. Nein, wir haben keine 'Lösungsstrategie', in Form eines Programms anzubieten, geschweige denn entwickelt. Wir sind da ganz realistisch - aber wir sagen, wir tun was immer uns möglich ist und das ist gar nicht so wenig, wenn wir nicht immer nur auf schillernde Augenblickserfolge aus sind, wenn wir nicht die bürgerlichen Werte von 'Erfolg' und 'Karriere' einfach auf links übertragen, sondern das tun was wir erkennen, was zu tun notwendig ist und aus unserer jeweiligen Situation leistbar. Wir lernen und wir haben festgestellt, daß wir lernen werden bis wir tot umfallen, ob biologisch bedingt

oder sonstwie. Wir lernen aber nicht nur, indem wir Wissen in uns hineinstopfen um 'Fachidioten' zu werden - wir wollen das Gelernte, das was wir uns angeeignet haben, auch umsetzen und daran wachsen. Unser Wissen umsetzen heißt, neben dem Alltäglichen, dem Knast widerstehen, was derzeit gezwungenermaßen ein Teil unserer Praxis ist, es auch zu vermitteln, an den aufgerissenen Widersprüchen, den Diskussionen (daran) zu vertiefen. Wir verstehen dies als Teil des globalen revolutionären Prozesses - der immer nur so stark ist wie wir selber sind.

Zum Schluß wollen wir das gesagte nochmals kurz verdeutlichen: Wir sagen, die Bekämpfung des Antisemitismus, wie aller anderen unterdrückerischen und ausbeuterischen Verhältnisse gehört unmittelbar und untrennbar zusammen mit zum Beispiel der Palästina-Solidarität. Es sind zwei Momente derselben historischen Verantwortung welche uns ganz konkret betreffen - als Kommunisten, wie aber auch aus der Metropolenwirklichkeit und insbesondere der deutschen Vergangenheit heraus.

Dies wollen wir hiermit klarstellen. Wir sind dabei weitere Beiträge dazu zu erstellen, die wir dann beizeiten veröffentlichen werden.

Der Genosse Mao meinte zu dem ganzen Komplex: "Ich beharre fest darauf, daß jemand, der keine Untersuchung angestellt hat, auch kein Mitspracherecht haben kann." (aus: Rote Armee Fraktion, Konzept Stadtguerilla, 1971) - wir wollen dies ergänzen, indem wir sagen: Wer keine Bereitschaft zeigt, seine/ihre historische und aktuelle Verantwortung wahrzunehmen, soll die Schnauze halten.

Anfang Januar 1991

Michi Dietiker
Ali Jansen
Bernhard Rosenkötter